

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

IM AALENER STADTRAT

Rede zum Haushaltsentwurf 2025

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuhörende,

der Haushalt 2025 ist eine Riesenherausforderung. Neben der massiv erhöhten Kreisumlage sind der Etat 2025 und die mittelfristige Finanzplanung geprägt von Mindereinnahmen bei der Gewerbe- und vor allem Einkommenssteuer.

37,9 Prozent Hebesatz bei der Kreisumlage sind trauriger Spitzenwert im Land. Der Kreis muss jetzt dringend seine Hausaufgaben machen und das Defizit bei den Kliniken in Griff kriegen. Hier ist CDU-Landrat Joachim Bläse in der Pflicht. Zugleich müssen die Missstände, z.B. in der Notaufnahme während der Übergangszeit bis zur neuen Klinik behoben werden.

Ursache der Steuermindereinnahmen ist die negative wirtschaftliche Entwicklung. Hier kommen die systematische Vernachlässigung unserer Infrastruktur über viele Jahre und strategische Fehlentscheidungen vor allem bei der Autoindustrie zusammen mit der systematischen Blockade der Entlastung der Wirtschaft durch Ampelpartner und die Opposition. Dass wir aus politischen Gründen bei der Reform der Schuldenbremse wertvolle Zeit verloren haben und jeden Tag verlieren, ist fatal. Zu verlockend war und ist es, dadurch Habeck-Bashing betreiben zu können statt gemeinsam zu handeln.

Wer in diesen Ausnahmezeiten trotz international vergleichsweise niedriger Schuldenquote an der Reinheit der Lehre festhält und deshalb die eigene Wirtschaft nicht ausreichend unterstützen kann, handelt ökonomisch grob unvernünftig. Die dadurch geschwächte

Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands wird die Einnahmesituation der öffentlichen Haushalte weiter verschlechtern. Hoffentlich kehrt wenigstens nach der Wahl Vernunft ein und die Schuldenbremse für Bund und Länder wird rasch und klug reformiert, u.a., um die Kommunen zu unterstützen.

Das heißt beileibe nicht, dass wir nicht alle auch hart an den Ausgaben arbeiten müssen. „Sparen, sparen, sparen“, diese Worte unserer Kämmerin hallen noch nach. In diesem Sinne haben wir dieses Jahr fast komplett darauf verzichtet, eigene Anträge zu stellen. Im Saldo sind die verbliebenen wesentlich mehr einspar- als ausgabenwirksam.

Aber gezielte, zukunftsweisende Investitionen müssen trotz klammer Kassen umgesetzt werden.

Deshalb ist Effizienz bei der Aufgabenerledigung das Gebot der Stunde.

Sie haben, Herr Brütting, richtigerweise angekündigt, wir müssten uns bereits frühzeitig in 2025 mit dem Haushalt 2026 und der Finanzplanung der nächsten Jahre beschäftigen. Da sollten wir uns auch die Zeit nehmen, die Instrumente, die Sie verwaltungsintern anwenden, um die Effizienz der Aufgabenerledigung zu überprüfen, anzuschauen und gegebenenfalls nachzusteuern. Das von außen zu beurteilen ist ein schwieriges Terrain. Aber die zunehmende Digitalisierung muss ja auch zu Entlastungseffekten führen, sonst macht sie keinen Sinn.

Wo liegen unsere Schwerpunkte für die nächsten Jahre?

1. Investitionen in Bildung und Betreuung

In diesem Bereich bringt die dringend notwendige Bildungsreform der Landesregierung folgende neue Herausforderungen mit sich:

Als erstes den Rechtsanspruch auf Ganztagesbetreuung ab dem SJ 26/27. Wir haben in Aalen bereits frühzeitig auf Ganztageschulen gesetzt. Nun zählen sich die bereits getätigten und die noch geplanten Investitionen – wie z.B. der Neubau des Ganztagesbereichs an der Greutschule – aus.

Unser Fokus muss jetzt zwingend auf Qualität und Verlässlichkeit gerichtet werden.

Als zweites erfordern die bildungspolitischen Entwicklungen im vorschulischen Bereich mit der Umsetzung des Sprachförderkonzepts „Sprach fit“ weitere Kraftanstrengungen unsererseits. Bereits im kommenden Schuljahr werden weitere Sprachfördergruppen etabliert, ab Schuljahr 26/27 werden Juniorklassen an den Grundschulen eingerichtet. Das bedeutet Raumbedarfe, die wir zwar heute noch nicht absehen können, aber gegebenenfalls bereitstellen müssen. Hier muss u.E. schon jetzt konzeptionell ausgearbeitet werden, an welchen Schulen diese Angebote zunächst gebündelt eingerichtet werden können, bevor es an kostspielige Aus- und Umbaumaßnahmen geht.

Und schließlich wird sich die Wiedereinführung von G9 in Baden-Württemberg ab 2025 auf alle Schularten und somit auf die gesamte Aalener Schullandschaft in der Sekundarstufe auswirken.

Wir beantragen daher die Einrichtung einer neuen Schulentwicklungsgruppe aus Vertreterinnen und Vertretern der Schulleitungen aller Schularten, der Verwaltung und des Gemeinderats zur Fortschreibung des Schulentwicklungsplans für die Stadt Aalen ab 2025.

2.Klima

Dem Klima ist es egal, ob wir es schützen, Kriege führen oder eine wirtschaftliche Krise haben. Wetterextreme verursachen weltweit enorme Schäden, werden in Zukunft häufiger und zwingen die gesamte Gesellschaft zur Vorsorge und Anpassung an die Folgen. Die Klimakrise ist längst nicht mehr nur ein Problem der Staaten des globalen Südens, sondern trifft uns auch in Deutschland. Klimaschutz ist teuer, Klimaschutz nicht zu betreiben, weitaus teurer.

Am 01.07.2024 ist das Klimaanpassungsgesetz in Kraft getreten. Es setzt den Rahmen für Klimaanpassung in Bund, Ländern und Kommunen. Dabei haben die Länder dafür Sorge zu tragen, dass Kommunen eigene Klimaanpassungskonzepte erarbeiten.

- Welche Maßnahmen werden bei extremer Hitze, bei extremer Dürre, bei Starkregen ergriffen?

- Inwieweit liegt es in der Verantwortung der Bürgerinnen und Bürger, Eigenvorsorge zu treffen?

Hier gilt es, unsere bereits eingeschlagenen Wege konsequent weiterzuverfolgen sowie weitere, weitsichtige Maßnahmen zu ergreifen.

Das heißt für uns: Wir müssen die Maßnahmen aus unserem Klimaaktionsplan mit höchster Priorität rasch und konsequent umsetzen.

Große Sorge bereitet uns dabei der Bereich „Mobilität“. Die letzte Sitzung des Klimabeirats hat nochmals offengelegt, dass wir in diesem Bereich bereits jetzt auf der Stelle treten. Nun droht beim ÖPNV sogar der „Rückwärtsgang“ durch die geplanten Einsparungen des Kreises. Damit müssen wir uns im Rahmen des Klimamobilitätsplans dringend beschäftigen. Wir beantragen, vorab dieses Thema auf eine der nächsten Sitzungen des Gemeinderats zu setzen.

Den Bau sicherer Radwege wollen wir nach dem Maßnahmenkatalog konsequent Schritt für Schritt weiter umsetzen.

Die Planungsdaten für den ebenso einfachen wie wirkungsvollen Durchstich Julius-Bausch-Straße zum Kocherradweg sowie den Radweg „Röte“ in Höhe von jeweils 15.000 Euro wollen wir auf 2025 vorziehen. Dafür können wir den hoch kalkulierten Ansatz für die Schutzstreifen in der Färberstraße, im Hasenweg und Fuchsweg von 80.000 auf 50.000 Euro reduzieren.

Unseren Energieleitplan gilt es, durch die energetische Sanierung der eigenen Gebäude und Ausbau der Wärmenetze mit Leben zu füllen. Bei der energetischen Sanierung der eigenen Gebäude muss die Stadt mit gutem Beispiel vorangehen. Zur Umsetzung des Wärmeplans müssen wir rasch die Co-Finanzierung durch privates Kapital klären und aufgleisen.

Das Pilotgebiet „energetische Sanierung im Bereich Östliche Gartenstraße zwischen Aal und Mauerstraße“ wollen wir rasch umsetzen. Es birgt zusätzlich die Chance, innerstädtisch, mehr Grünflächen für den Aufenthalt und die Begegnung der Anwohner zu generieren und v.a. auch das Prinzip der „Schwammstadt“ vor Ort umzusetzen. Die Aufnahme von Regenwasser vor Ort durch zahlreiche Grünflächen senkt das Risiko einer Überflutung bei Starkregen signifikant. Gleichzeitig wirkt ein solches Konzept gegen Wasserarmut und ist gut für das Mikroklima und die Biodiversität. In unserer Stadt und auch in unseren Ortsteilen gibt es noch vielfältige Möglichkeiten einer Schaffung von „Blau-grüner Infrastruktur“ durch Entsiegelung: Grünflächen anstatt zugestellter Plätze (wie z.B. der Stefansplatz in Wasseralfingen), straßenbegleitende Tiefbeete (in welchen auch großkronige Bäume gut gedeihen und für Verschattung und somit Kühlung sorgen), Dach- und Fassadenbegrünungen.

Freiräume müssen zwingend bei Innen- und Außenentwicklungsmaßnahmen mitgedacht und umgesetzt werden. Natürlich und mit Weitsicht geplant und umgesetzt bilden sie innerorts kleine Refugien und sind äußerst wertvoll für unsere Lebensqualität.

Fortführung und Ausbau unserer Baumpflanzungen
(Baumpflanzprogramm)

Wir haben innerstädtisch lediglich 2 grüne Lungen für die Innenstadt: Den St. Johann Friedhof sowie den Stadtgarten.

Damit diese auch für die zukünftigen Generationen noch fortbestehen, müssen wir dringend daran gehen, hier rechtzeitig neue, großkronige Bäume zu pflanzen. Die im Bestand haben oftmals schon die Altersgrenze weit überschritten und werden durch die zunehmenden Hitze- und Dürreperioden eher früher als später absterben. Damit ein adäquater Ersatz bereitsteht, beantragen wir, 10.000 Euro in den Haushalt aufzunehmen.

Ziemlich fassungslos waren wir ob der gestrichenen Zuschüsse für das Innenentwicklungsprogramm.

Dieses äußerst erfolgreiche und beispielgebende Programm zurückzufahren oder gar zu stoppen, durchkreuzt unsere Klimaziele und ist ökonomisch grober Unfug.

Jedes sanierte Haus bietet Menschen Wohnraum, ohne dass für viel Geld im Außenbereich neue Infrastruktur geschaffen und unterhalten werden muss. Wer hier kürzt, produziert an anderer Stelle Kosten und macht so eine Milchmädchenrechnung auf. So viel vernetztes Denken darf schon sein.

Das Credo muss deshalb weiterhin ganz klar lauten: Innen- vor Außenentwicklung! Deshalb beantragen wir, auch für 2025 wieder 280.000 Euro einzusetzen, um das Programm in der bisherigen Form fortsetzen zu können.

3. Soziales Miteinander:

Die anhaltende Wohnungsnot erfordert die von uns beantragte und auch ins Auge gefasste Wohnbauoffensive rasch umzusetzen. Durch Veräußerung von Gewerbe- und Wohngebäuden kann und muss die Wohnungsbau bei 100% Sozialquote auf einen Schlag 160 geförderte Wohnungen errichten.

Die Barrierefreiheit für eine älter werdende Bevölkerung und Menschen mit Handicap muss in unseren Verwaltungs- und Entscheidungsprozessen besser verankert werden. Dazu stellen wir den beigefügten Antrag.

Die Lage der Tafelläden wird immer prekärer, der Bedarf gleichzeitig höher, weil gerade die Lebensmittelpreise weit überdurchschnittlich steigen. Wir beantragen deshalb, den Zuschuss für den Kocherladen auch dieses Jahr von 12.000 auf 24.000 Euro zu verdoppeln.

4. Transparenz / Beteiligung

Gerade in Zeiten zunehmender Ungewissheiten und Verunsicherungen, weil vermeintlich sicher Geglaubtes schwindet oder falsche Versprechungen gemacht werden, ist es wichtig, Entwicklungen gemeinsam anzugehen und Entscheidungen gemeinsam zu treffen.

Lassen sie mich konkret werden:

Mit der Schließung der Erstaufnahmestelle in Ellwangen fällt das LEA-Privileg. Um antidemokratischen Bewegungen das Wasser bereits im Vorfeld abzugraben, ist es gerade hier umso wichtiger, unsere Entscheidungen über mögliche Standorte für die Unterbringung Geflüchteter durch transparente Prozesse und den Dialog mit Bürgern und Bürgerinnen herbeizuführen.

Beim Stichwort Beteiligung komme ich zum Themenfeld

„Aufenthaltsqualität in den einzelnen Quartieren“: Lassen wir es zur Regel werden, dass Kinder und Jugendliche gehört werden, wenn es an die Ausgestaltung von Spiel- und Freizeitflächen geht, dass Mittelalter sowie Seniorinnen und Senioren gehört werden, wenn es darum geht, Treffpunkte in den Quartieren und Ortsteilen zu gestalten.

Für den Tourismus haben wir immer wieder eine Beschilderung der Innenstadt für Besucher der Innenstadt reklamiert. Da brauchen wir ein Konzept. Vorrangig sollten zumindest Wege zum Marktplatz, Bahnhof und zum nächsten WC ausgeschildert werden. Dafür beantragen wir 10.000 Euro.

Wo wollen wir in 2025 den Rotstift ansetzen?

Da ist zum einen die Sanierung des Sonnenrains mit 650.000 Euro. Das kurze Straßenstück ist noch befahrbar. Durch ein nochmaliges Zuwarten werden sich die Kosten nicht mehr erhöhen.

1.000.000 Euro wollen wir durch das Schieben der Sanierung der Anton-Huber-Straße einsparen. Sie soll ja komplett neu gemacht und gestaltet werden. Dazu stehen wir, aber es erscheint uns nicht vordringlich, zumal ja mit der Mensaneubau im fraglichen Bereich noch bis Ende 2026 weitere umfangreiche Bauarbeiten stattfinden.

Schließlich gehen wir davon aus, dass für die Rathaussanierung im Nordbereich in 2025 nicht kassenwirksam zwei Millionen Euro verbaut werden können. Wir beantragen deshalb, bei dieser Position eine Million in 2025 zu streichen.

Zum Schluss geht unser Dank an Frau Faußner und Herrn Barth mit ihrem Team der Kämmerei sowie alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, die an der Erstellung des Haushalts beteiligt waren.

Sandra Bretzger

Es gilt das gesprochene Wort.

Anträge sind im Anhang beigefügt.

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN IM AALENER STADTRAT

Antrag zu Baumpflanzungen am St. Johann Friedhof und im Stadtgarten

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt,

in den Haushalt einen Betrag i.H.v. 10.000 € einzustellen, um auf dem St. Johann Friedhof und im Stadtgarten neue großkronige Bäume pflanzen zu können.

Begründung:

Das Gelände des St-Johann Friedhofs und der Stadtgarten sind die einzigen größeren Grünflächen der Aalener Innenstadt. Die dort stehenden großkronigen Bäume sind größtenteils schon sehr alt und viele weisen bereits Schäden auf. Die zunehmenden Hitze- und Dürreperioden lassen weitere Schäden und ein Absterben befürchten. Wir möchten, dass auch die nächsten Generationen sich noch an großen Bäumen in der Innenstadt erfreuen können, zumal sie als Schattenspender für das Stadtklima immer wichtiger werden. Es sollte also jetzt dafür gesorgt werden, dass diese Bäume rechtzeitig ersetzt werden durch ebenfalls großkronige Neupflanzungen.

Sandra Bretzger

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN IM AALENER STADTRAT

Antrag Fußwegbeschilderung Innenstadt

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen beantragt,

1. Ein Konzept für Fußgängerwegweiser in der Innenstadt vorzulegen.
2. 10.000 Euro für erste Wegweiser in den Haushalt 2025 einzustellen.

Begründung:

Für den Tourismus haben immer wieder eine Beschilderung der Innenstadt für Besucher der Innenstadt reklamiert. Hierfür brauchen wir ein Konzept, das ohne großen Aufwand zu erstellen sein dürfte. Für erste Wegweiser sollen 10.000 Euro in den Haushalt aufgenommen werden. Vorrangig sollten zumindest Wege zum Marktplatz, Bahnhof und zum nächsten WC ausgeschildert werden.

Sandra Bretzger

Michael Fleischer

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN IM AALENER STADTRAT

Antrag Fortführung des Innenentwicklungsprogramms in der bisherigen Form

Die Fraktion von Bündnis 90 / Die Grünen beantragt,

in den Haushalt 280.000 Euro für die Fortführung des Innenentwicklungsprogramms in der bisherigen Form aufzunehmen.

Begründung:

Zunächst muss bezweifelt werden, dass die Streichung des Zuschusses für das Innenentwicklungsprogramm zukünftig im Saldo überhaupt zu Einsparungen führt. Jedes sanierte Haus bietet Menschen Wohnraum, ohne dass für viel Geld im Außenbereich neue Infrastruktur geschaffen und unterhalten werden muss. Wer hier kürzt, produziert damit an anderer Stelle Kosten. Um festzustellen, ob die Streichung des Zuschusses überhaupt geeignet ist, Einspareffekte zu erzielen, ist zunächst einmal ökonomisch eine vernetzte Kosten-Nutzen-Betrachtung anzustellen. Die fehlt bislang völlig.

Das äußerst erfolgreiche und beispielgebende Programm ist ein Vorzeigeprojekt und ein Herzstück der Strategie „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“. Es stünde in diametralem Gegensatz zu unserem Klimaaktionsplan. Es wirkt dem Flächenfraß entgegen und vermeidet Verkehre.

Schließlich enthält das Programm gerade mit dem Zuschuss für Sanierungsprojekte mit 5.000 Euro pro Kind auch eine starke soziale Komponente und wirkt der Wohnungsnot entgegen.

Die Fortführung des Zuschusses ist gut investiertes Geld, um zukünftig an anderer Stelle Einsparungen zu erzielen, eine Maßnahme auf dem Weg zur Klimaneutralität 2035 und ein sozialpolitisches Signal. Deshalb beantragen wir, für 2025 Mittel in Höhe von 280.000 Euro einzusetzen, um das Programm in der bisherigen Form fortsetzen zu können.

Sandra Bretzger

Michael Fleischer

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN IM AALENER STADTRAT

Antrag auf Vorziehung der Planungsrate für den Durchstich von der Julius-Bausch-Straße zum Kocherradweg“

Die Fraktion von Bündnis 90 / Die Grünen beantragt,

die Planungsrate für die o.g. Geh- und Radwegeverbindung in Höhe von 15.000 Euro von 2026 auf 2025 vorzuziehen.

Begründung:

Es handelt sich nur um ein kurzes Radwegestück. Dabei kann mit geringem Aufwand die bereits beschlossene wichtige Ergänzung der Verbindung von der Triumphstadt Richtung Innenstadt und Richtung neuem Landratsamt geschaffen werden. Damit kann die Engstelle an der viel stark frequentierten Julius-Bausch-Straße bei „Rad und Tat“ umfahren werden. Hier sollte zumindest die Planung in 2025 stehen, damit nach Grunderwerb gleich mit der Umsetzung begonnen werden kann.

Finanziert werden kann die Maßnahme durch eine Kürzung der Mittel für die Aufbringung von Schutzstreifen in der Färberstraße, im Hasenweg und Fuchsweg. Dort sind für die einfachen Markierungen 80.000 Euro eingestellt. Es ist davon auszugehen, dass 50.000 Euro hierfür auskömmlich sind.

Sandra Bretzger

Michael Fleischer

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN IM AALENER STADTRAT

Anträge zur Förderung von Kunstrasenplätzen

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen beantragt,

1. Die Stadt Aalen fördert Kunstrasenplätze weiterhin - unter der Maßgabe, dass nachhaltiges Material verwendet wird, dass kein Mikroplastik produziert und das Material einfach zu entsorgen ist.
2. Die Stadtverwaltung nimmt dazu Kontakt zum Projekt „RewitAl“ an der Hochschule Aalen auf und bindet die wissenschaftlichen Erkenntnis der Gruppe um Professorin Taha mit ein.

Begründung:

Sport fordert Körper und Geist und fördert den Zusammenhalt. Sport ist Ehrenamt, Gemeinsinn, Wettbewerb, Leidenschaft und Teamgeist. In Aalen ist der Sport, sind seine Vereine und Verbände echte Vorreiter und Motor in unserer Gesellschaft. Hier wird die Basis für die Begeisterung für große Events gelegt. Hier erleben unsere Bürgerinnen und Bürger Breiten-, Gesundheits- und Wettkampfsport.

Als Fraktion unterstützen wir die allumfassende Förderung von Sportstädten in der Stadt.

Damit aber auch unsere Wettkampfstätten, Sporthallen und Vereinsheime nachhaltig im umfassenden Sinne umgebaut und ausgestattet werden können, gibt es noch einiges zu tun. Gerade Kunstrasenplätze führen teilweise zu erheblichen negativen Auswirkungen, beispielsweise zu Mikroplastik im Grundwasser und zu hohen Kosten bei der Entsorgung des Granulats bei der Sanierung. Außerdem können Kunstrasen gesundheitsgefährdende Stoffe freisetzen. Deshalb möchten wir von vornherein sicherstellen, dass auf nachhaltiges Material gesetzt wird.

Sandra Bretzger

Bennet Müller

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN IM AALENER STADTRAT

Antrag: „Die Mobilitätswende voranbringen – Den ÖPNV stärken“

Die Fraktion von Bündnis 90 / Die Grünen beantragt,

1. das Thema „ÖPNV“ auf die Tagesordnung der nächsten oder übernächsten Sitzungsrunde des Gemeinderats zu setzen.
2. über den Stand des Klimamobilitätsplans zu berichten.
3. zu berichten, wie sich die Beschlüsse des Kreistags auf unseren Stadtverkehr auswirken.
4. Vorschläge zu unterbreiten, wie vor dem Hintergrund dieser neuen Sachlage ein gutes Angebot gesichert und ausgebaut werden kann und die Klimaziele im Bereich „Verkehr“ erreicht werden können.

Begründung:

Aalen will 2035 klimaneutral werden. Ein zentraler Bestandteil ist der Bereich „Verkehr“. Dort wurden aber bisher im Gegensatz zu anderen Bereichen unter dem Strich keine messbaren Fortschritte erzielt. Im Gegenteil: Auf Grund der Sparmaßnahmen beim ÖPNV seitens des Kreises droht sogar eine Ausdünnung des Busangebots. Das steht in krassem Widerspruch zu unseren Klimazielen und muss verhindert werden. Der Gemeinderat muss sich deshalb zeitnah mit dem Problem und den Eckpunkten des zu erstellenden Klimamobilitätsplan befassen und entsprechende Entscheidungen treffen.

Sandra Bretzger

Michael Fleischer

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN IM AALENER STADTRAT

Anträge zur Umsetzung des Pilotprojekts im Gebiet Östliche Gartenstraße zwischen Aal und Mauerstraße

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen beantragt,

1. Die für die Umsetzung des am 26.9.2024 gefassten Beschlusses des Gemeinderats (Sitzungsvorlage 6724/009) erforderlichen Mittel für das Pilotprojekt im Gebiet Östliche Gartenstraße zwischen Aal und Mauerstraße in den Haushalt einzustellen und
2. ein Konzept für die Begrünung dieses Gebiets vorzulegen, das die Kriterien an eine „Schwammstadt“ erfüllt und gleichzeitig die Aufenthaltsqualität für die Bewohner dieses Gebiets verbessert.

Begründung:

Die Stadt Aalen will bis 2035 klimaneutral sein. Für die Erreichung dieses Ziels sind viele Maßnahmen nötig. Eine Maßnahme hat der Gemeinderat am 26.9.2024 beschlossen, nämlich das Gebiet Östliche Gartenstraße zwischen Aal und Mauerstraße als Pilotprojekt für die energetische Sanierung auszuweisen. Allerdings wurde versäumt, die für die Realisierung dieses Projekts erforderlichen Mittel in den Haushalt einzustellen. Da die Erreichung unseres Klimaziels ohne die rasche Umsetzung des Projekts gefährdet ist, beantragt die Fraktion die Einstellung der erforderlichen Mittel. Ausweislich der Beschlussvorlage werden für die Erstellung eines Quartierkonzepts Mittel i.H.v. 30.000 bis 80.000 € veranschlagt, je nach Größe und Begebenheit des Quartiers. Für die Umsetzung des Sanierungsmangements können Fördermittel beantragt werden.

In einem ersten Schritt sollte das Quartierskonzept erstellt werden.

Gleichzeitig soll ein Konzept für die Begrünung dieses Gebiet erstellt werden, das sowohl die Aufenthaltsqualität für die Bewohner verbessert als auch die Kriterien und Prinzipien für eine „Schwammstadt“ erfüllt, d.h. durch eine entsprechende Gestaltung der Grünflächen nehmen die Böden so viel Regenwasser wie möglich auf. Das Risiko einer Überflutung bei Starkregen verringert sich

erheblich und zudem dienen die Böden als Wasserspeicher in Zeiten langer Dürre.

Sandra Bretzger

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN IM AALENER STADTRAT

Antrag auf Vorziehung der Planungsrate für den Geh- und Radweg „Röte“

Die Fraktion von Bündnis 90 / Die Grünen beantragt,

die Planungsrate für die o.g. Geh- und Radwegeverbindung in Höhe von 15.000 Euro von 2026 auf 2025 vorzuziehen.

Begründung:

Es handelt sich nur um eine wichtige bereits beschlossene Ergänzung der Verbindung von der Innen- und der Südstadt in Richtung Essingen parallel zur B29. Dabei kann der Radverkehr in diesem Bereich abseits der viel befahrenen Oberen Bahnstraße parallel der B 29 geführt werden. Hier sollte zumindest die Planung stehen, damit nach Grunderwerb gleich mit der Umsetzung begonnen werden kann.

Finanziert werden kann die Maßnahme durch eine Kürzung der Mittel für die Aufbringung von Schutzstreifen in der Färberstraße, im Hasenweg und Fuchsweg. Dort sind für die einfachen Markierungen 80.000 Euro eingestellt. Es ist davon auszugehen, dass 50.000 Euro hierfür auskömmlich sind.

Sandra Bretzger

Michael Fleischer

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN IM AALENER STADTRAT

Antrag auf Erhöhung des Zuschusses für die Aalener Tafel auf 24.000 Euro

Die Fraktion von Bündnis 90 / Die Grünen beantragt,

den Zuschuss für die „Aalener Tafel“ auch 2025 von 12.000 Euro auf 24.000 Euro zu erhöhen

Begründung:

Der Gemeinderat hat letztes Jahr auf Antrag der Grünen-Fraktion den Zuschuss für den Kocherladen einmalig von den üblichen 12.000 Euro auf 24.000 Euro erhöht. In 2024 haben sich die Lebensmittelpenden der Handelsketten u.a. auf Grund einer verbesserten Haltbarkeitslogistik nochmals deutlich reduziert. Auf der anderen Seite trifft die Inflation die Bedürftigen prozentual weitaus stärker, u.a. weil Lebensmittelmärkte und Discounter speziell ihre günstigen Eigenmarken im Preis überdurchschnittlich angehoben haben (Stichwort „Cheapflation“). Hier besteht dringender Handlungsbedarf auf allen Ebenen.

Sandra Bretzger

Michael Fleischer

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN IM AALENER STADTRAT

Antrag auf Reduzierung des Ansatzes für die Markierung von Schutzstreifen in der Färberstraße

Die Fraktion von Bündnis 90 / Die Grünen beantragt,

den Ansatz für die Markierung von Schutzstreifen in der Färberstraße, dem Fuchsweg und dem Hasenweg von 80.000 Euro auf 50.000 Euro zu reduzieren und den Rest anderweitig für die Planungsdaten zweier Geh- und Radwege (siehe gesonderte Anträge Kocherradweg und Radweg Röte) umzuwidmen.

Begründung:

Für die reine Aufbringung von Schutzstreifen (gestrichelte weiße Linie) in den o.g. Straßen erscheint ein Ansatz von 50.000 Euro vollkommen ausreichend. Die restlichen 30.000 Euro sollen stattdessen je hälftig für die Vorziehung der Planungsdaten für die Geh- und Radwege Röte und Julius-Bausch-Straße zum Kocherradweg umgewidmet werden. Der Antrag steht jeweils in Höhe von 15.000 Euro unter dem Vorbehalt, dass die beiden genannten und gesondert gestellten Anträge bezüglich der Planungsdaten positiv entschieden werden.

Sandra Bretzger

Michael Fleischer

Anträge zur Umsetzung der Bildungsreform des Landes

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen beantragt,

1. die Einrichtung einer Schulentwicklungsgruppe, bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern der Schulleitungen aller Schularten, der Verwaltung und des Gemeinderats zur Fortschreibung des Schulentwicklungsplans für die Stadt Aalen ab 2025.
2. Die Erstellung eines Konzepts für die Umsetzung der Bildungsreform für den vorschulischen Bereich und die Einrichtung von Juniorklassen ab dem Schuljahr 2026/27 unter Beteiligung der Schulleitungen der Grundschulen.

Begründung:

Auf Wunsch der Eltern wird in Baden-Württemberg ab 2025 der neunjährige Zug zum Abitur (G 9) wieder flächendeckend eingeführt. Diese Änderung wird sich auf die gesamte Schullandschaft Aalens in der Sekundarstufe auswirken. Es geht um Raumbedarfe, Lehrkräftemangel, Fächerangebote etc. Die entstehenden Fragen und Aufgaben können nur unter Einbeziehung auch der Vertreter der Schulen erkannt und gemeistert werden. Sie kennen die Lehrpläne, die Räumlichkeiten der Schulen, die Möglichkeiten der Lehrkräfte und die Bedürfnisse der Schülerschaft am besten.

Nur im Zusammenwirken aller Beteiligten an einem Runden Tisch kann die der Stadt auferlegte Umsetzung der Bildungsreform gelingen.

Für den vorschulischen Bereich sieht die Bildungsreform die Einrichtung weiterer Sprachfördergruppen ab dem nächsten Jahr und die Einrichtung von Juniorklassen ab dem Schuljahr 2026/27 vor. Mit den Sprachfördergruppen wird das erfolgreiche Konzept „Sprach fit“ ausgeweitet, die Juniorklassen sollen an den Grundschulen eingerichtet werden. Dies wird zusätzlichen Räume erfordern, deren Anzahl und Größe jetzt noch nicht abgeschätzt werden kann, die

aber dann bereitgestellt werden müssen. Es ist deshalb sinnvoll, schon jetzt darüber nachzudenken, ob und an welchen Schulen diese neuen Klassen zunächst angeboten werden können ohne kostspielige Um- und Ausbaumaßnahmen. Bei der Erstellung des Konzepts sind die Schulleitungen der Grundschulen wegen ihrer pädagogischen Ausbildung und der Kenntnis der Räume zu beteiligen.

Sandra Bretzger

Ralf Meiser

In den letzten Jahren sind bei der Berücksichtigung der Barrierefreiheit schon gute Fortschritte erzielt worden. Man konnte bei einigen Projekten aber auch sehen, dass nachträgliche Korrekturen mühsam und teuer werden.

Damit kein Wissen und keine Erfahrung bei der Schaffung von Barrierefreiheit verloren geht, ist es erforderlich, dass die Einbeziehung des BMB in die Prozesse standardisiert wird und wir uns als lernende Organisation stetig weiter entwickeln.

Sandra Bretzger

Doris Klein

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN IM AALENER STADTRAT

Antrag auf Beteiligung des Beirats für Menschen mit Behinderungen in Planungsverfahren

Die Fraktion von Bündnis 90 / Die Grünen beantragt:

1. Den Beirat für Menschen mit Behinderungen bei Bauvorhaben der Stadt spätestens in der Leistungsphase 2 in die Planungen einzubeziehen,
2. bereits bei der Erstellung von Ausschreibungsunterlagen die Bedürfnisse von Barrierefreiheit im öffentlichen und geschlossenem Raum zu berücksichtigen und zu prüfen,
3. einem Vertreter/einer Vertreterin des Beirats für Menschen mit Behinderungen bei Architektenwettbewerben einen Platz in der Jury kraft Amtes zu gewähren,
4. bis Mitte 2025 ein Konzept unter Mitwirkung aller Ämter der Stadt zu entwickeln und vorzustellen, das aufzeigt, wie die Themen Barrierefreiheit/Inklusion/Teilhabe in die Prozesse der Stadtverwaltung implementiert werden.

Begründung:

Der Beirat für Menschen mit Behinderungen (BMB) hat es in seinem Bericht im November 2024 eindrücklich beschrieben: Der Anteil der älteren und alten Menschen in unserer Gesellschaft nimmt zu. Psychische Erkrankungen nehmen zu und wir alle können sehr schnell von einer Einschränkung oder Behinderung betroffen werden, sei es durch Unfall, Krankheit oder eben das Alter.

Barrierefreiheit geht uns deshalb alle an und muss ein Querschnittsthema in den Ämtern der Stadt sein. Die Stadt Aalen muss ihre Vorbildfunktion wahrnehmen und das Thema im Rahmen der Daseinsvorsorge aktiv leben.

Der BMB ist mit seiner Expertise ein wichtiger Baustein und Ratgeber zur Verwirklichung einer inklusiven Stadtgesellschaft. Dieses Ziel hat sich der Gemeinderat mit seinem Beschluss SV 5021/013-1 vom 17.02.2022 selbst gesetzt.